



Dr. Edmund Peter Geisen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 78 145

 (030) 227 – 76 145

 edmund.geisen@bundestag.de

Plenarsitzung am 11.10.2007

**Rede
des Abgeordneten
Dr. Edmund Geisen (FDP)**

zum
TOP 19
Gesetzentwurf zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Sperrfrist: Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

gerne hätte ich mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition, heute hier zur normalen Tageszeit über den Gesetzentwurf zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) diskutiert.

Ich nehme an, es war Absicht, die Tagesordnung so zu gestalten, dass keine direkte Aussprache stattfindet. Denn - betrachtet man das Meinungsbild innerhalb der Koalitionsfraktionen oder zwischen Bund und Ländern zum Thema LSV, so könnte es dissonanter nicht sein. Nur eins ist allen gemeinsam: die Unzufriedenheit mit dem vorliegenden Entwurf.

Die versprochene grundlegende Reform wird zur Scheinreform, ausgekungelt und möglichst hinter verschlossenen Türen auf den Weg gebracht, damit der Koalitionsfrieden nicht leiden möge. Selbst die verfassungsrechtliche Frage der „Zustimmungspflichtigkeit“ wird zum politischen Spielball. Und am Ende will keiner für diesen Murks verantwortlich gewesen sein!

So sieht schwarz-rote Agrarsozialpolitik unter dem „Obersozialpolitiker“ (Zitat Bild-Zeitung) Horst Seehofer aus, meine Damen und Herren!

Zwei Jahre sind vorbei! Es ist ein Trauerspiel, mit ansehen zu müssen, wie diese Schwarz-Rote Koalition mit groß angekündigten Reformvorhaben umgeht. Verlässlichkeit und Planungssicherheit sind Fremdworte! Gegenseitige Blockade und Handlungsunfähigkeit prägen das Bild!

Die FDP-Fraktion plädiert seit Anbeginn der Legislaturperiode für ein echtes Reformkonzept: die Umstellung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung auf ein kapitalgedecktes Finanzierungssystem. Sie hat dafür zwar Kritik seitens aller anderen Fraktionen einstecken müssen, gleichzeitig aber von den Betroffenen und deren Verbände viel Unterstützung erfahren.

Anrede

Man muss sich in dieser Debatte einmal die Frage stellen, um was es eigentlich bei diesem Gesetz geht! Es geht eben nicht in erster Linie darum, ob der Bund oder die Länder mehr Einfluss

erhalten, ob Bundesträger oder Spitzenkörperschaft, ob Lastenausgleich 2010 oder 2011! Das sind doch reine Ablenkungsmanöver einer Koalition, die handlungsunfähig ist!

Es geht ganz einfach darum, die Landwirtschaftliche Sozialversicherung zukunftsfest zu machen.

Und das, meine Damen und Herren, erreichen Sie angesichts des dramatischen Strukturwandels in der Landwirtschaft weder mit einer 20-prozentigen Reduzierung der Verwaltungsausgaben, noch mit einer teuren ineffektiven Abfindungsaktion und schon gar nicht mit einer Mini-Reform im Leistungskatalog. Das erreichen Sie nur, wenn Sie wirklich reformieren und konsequent das gesamte System umstellen!

Anrede

Selbstverständlich ist die FDP gerne bereit, konstruktiv an notwendigen Anpassungen bei der Organisation, der Beitragsbemessung oder dem Leistungskatalog mitzuarbeiten. Nur – den Landwirten Sand in die Augen zu streuen und dies als Lösung für

die strukturellen Probleme zu präsentieren, das geht nicht, da macht die FDP nicht mit!

Anrede

Die Reformschwäche von Minister Seehofer geht sowohl zu Lasten der Landwirte als auch zu Lasten des Haushalts – und damit aller Steuerzahler! Die Abfindungsaktion für Kleinstrenten ist aus meiner Sicht reine Geldverschwendung! In den nächsten beiden Jahren sollen 800 Millionen Euro in ein längst nicht mehr finanzierbares System gesteckt werden und danach wundern sich alle, wenn sie 2010 erneut vor leeren Kassen stehen! Selbst der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Koalition schließt ein Scheitern nicht mehr aus! Die FDP setzt sich stattdessen mit ihrem Vorschlag für einen nachhaltigen, zukunftsfesten Umgang mit Steuermitteln ein!

Anrede

Wie brisant das Thema inzwischen ist, zeigt nicht zuletzt der umfangreiche Empfehlungskatalog der Bundsratsausschüsse, der

48 Änderungsvorschläge bzw. Empfehlungen umfasst. Drei konkrete Punkte möchte ich aufgreifen:

- 1) Fehlende Planungssicherheit: Die Länder fordern die gesetzliche Verankerung der zugesagten jährlichen Bundesmittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung.
- 2) Fehlender Vertrauensschutz: Die Länder fordern, die Diskriminierung der landwirtschaftlichen Krankenkassen bei der Teilhabe an Bundesmitteln für versicherungsfremde Leistungen aufzuheben.
- 3) Fehlende Verfassungsmäßigkeit: Die Länder fordern, ihre Belange und Interessen ausreichend zu berücksichtigen und einzuarbeiten. Andernfalls sei die Anrufung des Vermittlungsausschusses unausweichlich.

Anrede

Auf Anregung der FDP-Fraktion wird eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf stattfinden. Wir sind es leid, dass die Landwirte unter Schwarz-Rot immer wieder mit faulen Kompromissen leben müssen! An diesem vergleichbar kleinen Reformvorhaben zeigt

sich die ganze Schwäche der sog. Großen Koalition. Noch ist dieses Gesetz nicht verabschiedet! Am besten wäre, es ganz einzustampfen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!